

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Kommunales Investitionsprogramm neu auflegen

Der Landtag stellt fest:

Das Land Brandenburg finanzierte ab dem Jahr 2016 ein bis zum Jahr 2019 befristetes zusätzliches Investitionsförderprogramm zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur aus Landesmitteln in einem Umfang von 161 Mio. €. Das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) wurde von den Kommunen sehr gut angenommen und war damit ein großer Erfolg, der dazu führte, dass dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen in den Städten und Gemeinden ermöglicht wurden.

Vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden Investitionsbedarfs in die kommunale Infrastruktur und den damit verbundenen aktuellen Herausforderungen für das Land und seinen Kommunen muss es auch weiterhin das Ziel sein, die kommunale Infrastruktur landesseitig zu fördern.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Kommunales Investitionsprogramm II (KIP II) aufzulegen und die damit verbundenen finanziellen Voraussetzungen ab dem Haushalt 2021 zu schaffen. Die nach Jahresscheiben benötigten Mittel und die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen sind für die Jahre 2021 bis 2024 entsprechend abzubilden. Das neue KIP II ist in Anlehnung an das KIP auszugestalten und in einem Umfang von mindestens 300 Mio. € aufzulegen. Im Rahmen des KIP II sollen Maßnahmen der Kommunen in den Bereichen der Schul- und Kitainfrastruktur, der kommunalen Wohnungsinfrastruktur, der Verkehrsinfrastruktur, der Feuerwehrinfrastruktur, der Freizeit- und Sportinfrastruktur, Multifunktionszentren, Vereinshäuser und Begegnungszentren im ländlichen Raum und Maßnahmen zur Energieeinsparung gefördert werden.

Die dafür notwendigen Landesmittel sind aus dem Zukunftsinvestitionsfonds bereitzustellen.

Begründung:

Die im § 2 Absatz 2 des Zukunftsinvestitionsfonds-Errichtungsgesetzes geforderte landespolitische Bedeutung wird durch die Zusammenfassung der einzelnen Maßnahmen in einem Kommunalen Investitionsprogramm zur Förderung von investiven Maßnahmen und Projekten in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen erreicht.